

**An den Bundeskanzler der Republik Österreich
Herrn Sebastian Kurz**

Sehr geehrte Herr Bundeskanzler, ich erweise Ihnen meine Hochachtung und richte an Sie folgendes Anliegen

Gegenwärtig wird eine Aufnahme der Ukraine in die Liste der sicheren Herkunftsländer von Flüchtlinge vorgeschlagen, was eine Änderung der Regelung für die Prüfung von Asylanträgen von Personen, deren Herkunftsland Ukraine ist, bedeuten werden wird. Dies wurde während der Pressekonferenz des österreichischen Bundespräsidenten Alexander van der Bellen und Petro Poroschenko in Wien besprochen. Unter anderem zeigte sich der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko mit dieser Initiative zufrieden.

<https://www.pravda.com.ua/rus/news/2018/02/8/7171018/>

Zur gleichen Zeit sind wir der Meinung, dass diese Entscheidung den Interessen von Bürgern der Ukraine und zwar aus folgenden Gründen:

Die Richtlinie 2005/85/EC des Rates der Europäischen Union vom 1. Dezember 2005 über Mindestnormen für Verfahren in den Mitgliedsstaaten zur Zuerkennung und Aberkennung der Flüchtlingseigenschaft legt Kriterien zur Bestimmung sicherer Staaten fest.

Ein Land gilt als sicheres Herkunftsland, wenn aufgrund der rechtlichen Rahmenbedingungen, der Anwendung der Gesetze im demokratischen System und der allgemeinen politischen Umstände ausgeschlossen werden kann, dass der Staat keine Verfolgung, Folter, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung betreibt, und dass keine Gefahren allgemeiner Nötigungen im Falle eines internationalen oder internen bewaffneten Konflikts festgestellt werden können. Bei der Beurteilung wird der Grad des Schutzes vor Verfolgungen oder unangemessener Behandlung berücksichtigt.

Angesichts der oben genannten Kriterien und unter Berücksichtigung der aktuellen Lage in Bezug auf Schutz von Menschenrechten kann die Ukraine momentan nicht als ein sicheres Land betrachtet werden. Eine Offensive gegen die Meinungsfreiheit ist in der Ukraine im vollen Gange, Journalisten werden inhaftiert, entführt und geprügelt, einige Journalisten wurden getötet. Eine prosperierende Wahljustiz und manuelles Eingreifen in die Handlungen der Strafverfolgungsbehörden und Gerichte, Druck auf Gerichte und Richter sind zu einem täglichen Ereignis geworden. Es werden Folter und unmenschliche Behandlung angewandt, es existieren illegale Gefängnisse. Die Behörden ermuntern zur Druckausübung auf Personen, die mit dem Regime nicht einverstanden sind, sowie auf Richter und Journalisten.

Begünstigt wird die Schaffung von paramilitärischen Gruppen, die die Befugnisse Exekutiven und die des Gerichtes übernehmen, blockieren die Tätigkeiten der Medien.

Die Fälle werden nicht nur nicht ordnungsgemäß untersucht, sondern geschehen bei unverhohlener Billigung der Behörden. Während des bewaffneten Konfliktes in der Region Donbass wird durch die regierende Mächte die Rhetorik des Schutzes des Staates vor einem äußeren Feind ausgenutzt, um viele, die mit den Handlungen des Präsidenten der Ukraine nicht einverstanden sind, für Agenten Russlands zu erklären, die die Situation im Land aufzuschaukeln versuchen. Beispiele dafür gibt es zahlreich und viele von denen gaben Anlass zur Sorge den angesehenen europäischen Institutionen. Dennoch bleibt die Situation unverändert und tendiert dazu, sich im Zusammenhang mit den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in der Ukraine, die im März 2019 stattfinden sollen, stark zu verschlechtern.

Im Folgenden werden nur einige wenige der Beispiele angeführt.

1. Angriff auf die Freiheit der Meinungsäußerung

Das Bestehen unabhängiger Medien, Möglichkeiten für Journalisten Ihre Meinungen und Ideen ohne Angst zu äußern, Gewährleistung der Redefreiheit und des Schutzes der Journalisten tragen zur öffentlichen Diskussion der wichtigsten Themen bei, machen die Behörden offener und erlauben es nicht Menschenrechte zu verletzen und andere negativen Erscheinungen zu verschleiern.

Zur gleichen Zeit, der realer Stand der Dinge in der Ukraine erlaubt es nicht, die als ein Land zu betrachten, in dem jeder Person das Recht garantiert wird, ihre Position frei auszudrücken.

1. Journalisten Oles Buzina und Pavel Sheremet wurden in Kyiv ermordet, die Mörder werden nicht bestraft

Der ukrainische Journalist Oles Buzina, der wegen seiner Ansichten angegriffen wurde, ist am Nachmittag des 16. April 2015 in Kyiv beim Eingang seines Hauses erschossen worden. Bis heute gibt es kein Gerichtsurteil in diesem Fall, und diejenigen, die unter Verdacht stehen, den Mord begangen zu haben, sind auf freiem Fuß. Die Verdächtigen sind Mitglieder einer radikalen Verbindung C14. Einige regierende ukrainische Politiker unterstützen öffentlich die Verdächtigen im Mordfall vom Oles Buzyna. Insbesondere, nachdem beim Gericht beträchtliche Kautionen hinterlegt wurden, sind die Verdächtigen am Ausgang aus der Untersuchungshaft von mehreren Dutzenden Aktivisten und einigen Abgeordneten mit Blumen begrüßt worden.

<https://www.rbc.ru/rbcfreenews/5589674d9a794728ac31e009>

Der Prozess gegen die des Mordes beschuldigten Personen wird vom Druck auf das Gericht, Kundgebungen in den Gerichtssälen begleitet, die von der nationalistischen öffentlichen Organisation „Freie Menschen“ unter der Anleitung der

Parlamentsabgeordneten aus der regierenden Parlamentsfraktion „Volksfront“ durchgeführt werden.

Der ukrainische Journalist Pavel Sheremet wurde am 20. Juli 2016 ermordet, indem sein Auto im Zentrum von Kyiv gesprengt wurde. Der Mörder des Journalisten ist bis heute nicht gefunden worden.

Die Ermordung der Journalisten und das Fehlen effizienter Ermittlungen wurden von Amnesty International, der OSZE und anderen Organisationen zur Kenntnis vermerkt.

<https://www.amnesty.org/en/countries/europe-and-central-asia/ukraine/report-ukraine/http://www.osce.org/fom/151321>

1.2. Gewissensgefangene in der Ukraine

Der ukrainische Journalist **Ruslan Kotsaba** wurde inhaftiert, nachdem er ein Video auf YouTube veröffentlicht hatte, in dem er die sofortige Beendigung der Kriegshandlungen im Osten der Ukraine forderte und die Ukrainer auffordert, die Mobilisierung zu verweigern. Im Jahre 2017 wurde er verhaftet und wegen des „Landesverrats“ und „Behinderung der legitimen Aktivitäten ukrainischer Streitkräfte“ angeklagt. Ruslan Kotsaba verbrachte etwa zwei Jahre im Gefängnis.

Die Amnesty International hat Ruslan Kotsaba als „Gewissensgefangenen“ anerkannt, Menschenrechtsorganisationen betrachteten ihn als politischen Gefangenen.

<http://amnesty.org.ua/nws/richna-dopovid-amnesty-international-2015-ukrayina/>
<https://www.amnesty.org/en/documents/pol10/2552/2016/en/>
https://ua.usembassy.gov/wp-content/uploads/sites/151/2017/04/Final-UKRAINE-2016-HRR_Official_Ukr.pdf
<https://ua.usembassy.gov/uk/our-relationship-uk/official-reports-uk/>

Dmitri Vasilets und Yevgeni Timonin wurden am 11. November 2015 von Mitarbeitern des Sicherheitsdienstes der Ukraine wegen des Verdachtes der Unterstützung einer terroristischen Organisation festgenommen. Die Grundlage für eine solche Anklage war ihr vier Tage langer Aufenthalt im Donetsk-Gebiet, im Juli 2014, um eine Reportage aus dem besetzten Donezk vorzubereiten. Herren Vasilets und Timonin waren fast zweieinhalb Jahre ohne einen Urteil im Gefängnis. Und erst am 28. September 2017 wurde ein Urteil gefällt, nach dem sie zu 9 Jahre Haft verurteilt wurden. Sie waren über zwei Jahre in Haft und erst vor wenigen Tagen – am 21 Februar 2018 – wurde die Sicherheitsmaßregel in Hausarrest umgewandelt.

<https://strana.ua/news/125393-sud-otpustil-zhurnalistov-vasiltsa-i-timonina-iz-pod-strazhi-pod-domashnij-arest-.html>

Der Fall von zu 9 Jahren Haft in der Ukraine verurteilten Journalisten Dmitri Vasilets und Yevgeni Timonin wurde an die Sonderplattform des Europarats gerichtet, um den Schutz und die Sicherheit von Journalisten zu fördern. Die Plattform ordnete

dem Fall den ersten (höchsten) Rang der Bedrohung der Medienfreiheit zu. Dies ist nicht das Einzige, was zu dieser Plattform kam, sie enthielt auch Informationen über mehr als 20 weitere Androhungen, einschließlich die des Mordes an dem Journalist Oles ' Buzyna, eines Angriffes auf die Redaktion der Vesti-Zeitung, Abschiebung und Einreiseverbot bestimmter ausländischen Journalisten.

<https://www.coe.int/en/web/media-freedom/all-alerts/-/soj/alert/32000740>

Der ukrainische Journalist **Vasili Muravitski** wurde vom Sicherheitsdienst der Ukraine am 1. August 2017 wegen Hochverrats, Eingriffs auf die territoriale Integrität und Unverletzlichkeit der Ukraine, Hassreden und Teilnahme an den Tätigkeiten einer Terroristenorganisation verhaftet. Ihm droht die Freiheitsstrafe von 15 Jahren, derzeit befindet er sich noch immer ohne Urteil in Haft.

Internationale Nichtregierungsorganisationen „Reporter ohne Grenzen“ und das Komitee zum Schutz von Journalisten fordern die sofortige Freilassung von Muravitski. Die Amnesty International hält auch diesen Fall unter Beobachtung.

<http://amnesty.org.ua/nws/vasil-muravitskij-trivaye-nespravdelivij-sudovij-protses-shhodo-zhurnalista/>

Ein offener Brief an den Präsidenten der Ukraine P. Poroschenko mit dem Ersuchen die Journalisten Vasilets, Timonin und Muravitskij zu entlassen wurde an die Abgeordneten des Europäischen Parlaments gerichtet.

<http://www.defenddemocracy.press/free-ukrainian-journalists/>

Die Amnesty International stellt in ihrem Bericht über den Stand der Meinungsfreiheit in der Ukraine fest, dass Medien, die den Behörden gegenüber besonders kritisch eingestellt sind, schikaniert wurden, einschließlich der Androhungen der Schließung oder körperlicher Gewaltanwendung. TV-Kanal „Inter“ wurde wiederholt vom Innenminister mit der Schließung bedroht. Und am 4. September 2016 versuchten etwa 15 maskierte Männer mit Gewalt in Inters Räumlichkeiten einzudringen, beschuldigten ihn wegen „falscher Berichtserstattung“. Dann warfen sie eine Flasche Brandmischung in das Gebäude, was ein Feuer in Gebäude verursachte.

Dem populären TV-Moderator Savik Shuster (der die italienische und kanadische Staatsbürgerschaften besitzt) entzog das ukrainische Migrationsamt die Arbeitserlaubnis entgegen bestehender Normen. Das Gericht stellte die Arbeitserlaubnis wieder her, aber schließlich wurde von den Steuerbehörden ein Strafverfahren gegen die Mitarbeiter des Fernsehkanals Savik Shuster eingeleitet. Am 1. Dezember beschloss Savik Shuster, den Kanal aufgrund von Druck und Geldmangel zu schließen.

<https://www.amnesty.org/en/countries/europe-and-central-asia/ukraine/report-ukraine/>

Die Organisation **Human Rights Watch** verkündete, dass die Ukraine keine angemessene Untersuchung von Verbrechen gegen Journalisten durchführe. HRW

stellte fest, dass die Behörden die Freiheit der Meinungsäußerung und Medienfreiheit einschränken, „dies wird laufend mit der Notwendigkeit wegen militärischer Aggression Russlands im Osten der Ukraine und Antiukrainischen Propaganda gerechtfertigt“.

<https://www.hrw.org/world-report/2018>

Das Internationale Komitee zum Schutz der Rechte der Journalisten verzeichnet den beispiellosen Druck der Behörden auf eine der führenden ukrainischen Online-Plattform "Strana", gegen dessen Chefredakteur Igor Guzhva mehrere Strafsachen einfach erfunden wurden. Er selbst wurde inhaftiert, angegriffen und wurde schließlich gezwungen in Österreich politisches Asyl zu beantragen.

Das Internationale Komitee zum Schutz von Journalisten fordert von den ukrainischen Behörden, die Verfolgung des Mediums "Strana" zu stoppen und die Drohungen gegen den Chefredakteur zu untersuchen

<https://strana.ua/news/87094-delo-huzhvy-i-stranaua-komitet-po-zashchite-zhurnalistov-trebuje-prekratit-presledovanie.html>

<https://cpj.org/2018/02/editor-flees-ukraine-after-receiving-death-threats.php>

Das Internationale Komitee für Schutz der Journalistenrechte erklärte auch, dass die Handlungen des Sicherheitsdienstes der Ukraine eine Bedrohung für die Meinungsfreiheit in der Ukraine darstellen:

<https://cpj.org/2017/09/cpj-calls-on-ukrainian-president-petro-poroshenko-.php>

Am 17. Februar haben sich mehrere große Fernsehsender und einige Dutzend führender Journalisten an die ukrainischen Behörden mit der Forderung gewandt, die Druckausübung auf Medien einzustellen. Sie haben auch Botschaften der europäischen Länder über die Verschlechterung der Redefreiheit in der Ukraine informiert.

http://www.eramedia.com.ua/article/273632-zupiniti_znischennya_svobodi_slova_v_ukran/

Laut Bericht vom 12.12.2017 des **Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte** über die Menschenrechtssituation in der Ukraine:

«Die Situation im Bereich der Meinungsfreiheit und ihrer freien Meinungsäußerung verschärfte sich weiter. Das Büro des Hohen Kommissars für Menschenrechte hat mit Besorgnis die Fakten einer weiten Auslegung und Anwendung der Bestimmungen des Strafgesetzbuches im Bezug auf Terrorismus in den vom Sicherheitsdienst initiierten Strafverfahren gegen ukrainische Medienarbeiter, Journalisten und Blogger, mit kritischen oder alternativen Ansichten, zur Kenntnis genommen ...»;

«Viele der oben beschriebenen Verstöße und Verletzungen von Menschenrechten sowie Verstöße gegen die Grundfreiheiten wurden im selben - etwas größeren -

Ausmaße fortgesetzt, wie das Büro des Hohen Kommissars für Menschenrechte in den vorangegangenen Quartalen feststellte

http://www.ohchr.org/Documents/Countries/UA/UAReport20th_EN.pdf

Laut Kommentaren und dem **Human Rights Watch** Report 2018 (WORLD REPORT 2018):

«Behörden erwiesen sich nicht in der Lage, die Verantwortlichen von den Angriffen gegen Journalisten zur Rechenschaft zu ziehen. Neue Regierungsmaßnahmen dienten dazu, den Pluralismus weiter einzuschränken. Neue Regeln und Normen beschränkten die Rede- und Vereinigungsfreiheit, und neue Gesetzentwürfe führten zu weiteren Beschränkungen»;

« Die ukrainische Regierung hat bestimmte Maßnahmen ergriffen, um die Medien- und Meinungsfreiheit einzuschränken ...».

<https://www.hrw.org/world-report/2018/country-chapters/ukraine>

https://www.hrw.org/sites/default/files/world_report_download/201801world_report_web.pdf

Laut Berichten der internationalen Organisation „**Freedom House**“ FREIHEIT IN DER WELT in Bezug auf die Ukraine wurde folgendes vermerkt:

"Im Bereich der Bürgerfreiheiten gefährden politischer Druck und Angriffe auf Journalisten die Pressefreiheit";

"Journalisten stehen weiterhin den Drohungen der Gewaltanwendung und Einschüchterung gegenüber. Das Unabhängige Institut für Masseninformaton verzeichnete im Jahre 2017 274 Verstöße gegen die Medienfreiheit, etwa genauso viele Fälle wie im Jahre 2016. Die häufigsten Verstöße waren die Verhinderung journalistischen Tätigkeiten, Einschüchterung und Gewaltangriffe. "

<https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2016/ukraine>

<https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2017/ukraine>

<https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2018/ukraine>

1.3. Verletzungen der Meinungsfreiheit laut OSCE- und PACE-Reports

In den Berichten internationaler Organisationen wird eine große Anzahl von Verletzungen der Meinungsfreiheit in der Ukraine festgestellt.

Insbesondere der Bericht über die Freiheit der Medien vom 1. Dezember 2016 (<http://www.osce.org/fom/285506>) weist auf folgende negativen Aspekte im Bezug auf die Meinungsfreiheit in der Ukraine hin:

– Angriffe auf Journalisten, insbesondere der gewalttätiger Angriff von unbekannt Personen im Studio des Kanals "Ukraina", Einschüchterung von Journalisten, Brandstiftung beim Fernsehstudio des lokalen Fernsehsenders in der

Region Sumy, Druck durch die Rechtsschutzorgane gegen die Journalistin der Nachrichtenseite "Strana" Svetlana Kryukova;

- Blockierung der Aktivitäten des Journalisten Savik Shuster und seiner Fernsehshow „Shuster Live“;

- Die Website "Myrotvorets" veröffentlichte persönliche Daten von mehr als 4000 Vertretern ukrainischer und internationaler Medien, es wurde behauptet dass diese Journalisten angeblich mit terroristischen Organisationen zusammengearbeitet haben sollen und die ukrainische Gesetze verletzt hätten.

- Brandstiftung des nationalen Fernsehsenders „Inter“;

- Schwierigkeiten des Fernsehsenders "112" bei der Lizenz Verlängerung für die Ausstrahlung

Die Brandstiftung des Fernsehsenders „Inter“ wurde auch von der US-Botschaft in der Ukraine verurteilt <https://twitter.com/USEmbassyKyiv/status/772790834068594689> OSCE-Vertreter wiesen auch darauf hin, dass Meinungsverschiedenheiten mit redaktionellen Richtlinien kein Grund für Gewalt sein können <http://www.osce.org/fom/262536>

Der Vorfall bekam keine ordnungsgemäße Untersuchung. Zur gleichen Zeit haben Journalisten ihre eigene Recherchen durchgeführt, und aufgeklärt, dass hinter der Brandstiftung jene Personen stehen, die mit den hochrangigen Beamten des Ministeriums für Innere Angelegenheiten der Ukraine aus der regierungsfreundlichen politischen Partei "Volksfront" verbunden sind.

<http://podrobnosti.ua/2131904-redaktsija-podrobnostej-identifitsirovala-podzhigatelej-intera-video.html>

Die OSCE-Berichte für 2017 zeigen auch, dass die Dynamik keine Verbesserung der Meinungsfreiheit in der Ukraine widerspiegelt, sondern eine Verschlechterung, weil Behörden nicht nur Untätigkeit über die tatsächliche Durchsetzung dieses Rechts zulassen, sondern auch Journalisten aktiv angreifen und strafrechtlich verfolgen.

So im Bericht über die Freiheit der Medien vom 9. März 2017 (<http://www.osce.org/representative-on-freedom-of-media/303956>) wurden folgende negativen Aspekte in Bezug auf die Meinungsfreiheit festgestellt:

- Einschränkung des Zugangs zum ukrainischen Markt für ausländische Verlagswerke;

- Probleme mit der Verlängerung der Sendelizenz für das „Radio Vesti“;

- Brandstiftung des Eigentums von Journalisten, sowie Versuche, das Fernsehstudio, das von den M1- und M2-TV-Sendern genutzt wird, in Brand zu setzen.

Im Report über die Medienfreiheit vom 9. November 2017 (<http://www.osce.org/permanent-council/356511>) sind solche negativen Aspekte in Bezug auf die Meinungsfreiheit erwähnt:

- die Inhaftierung des Redakteurs der Website "Strana", Herrn I. Guzhva, eine Durchsuchung in der Redaktion der Website (der Bericht fordert die Behörden auf, die

schweren Vorwürfe gegen dieses Medium sorgfältig zu überprüfen und Maßnahmen zu unterlassen, die Journalisten einschüchtern und deren Arbeit hindern könnten);

- die Inhaftierung des Journalisten Herrn V. Muravitsky wegen des Verdachts des Hochverrats (mit der Aufforderung, die Anschuldigungen ernsthaft zu prüfen);
- das Fehlen der Fortschritte bei Mordermittlungen im Fall des Journalisten P. Sheremet, der im Juli 2016 in einem Auto gesprengt wurde;
- die Praxis der Festnahmen, Deportationen sowie Einreiseverbote ausländischer Journalisten, z.B/ aus Spanien;
- Prügelattacken auf Journalisten, Verbrennung von ihren Fahrzeugen, Prügel der Journalisten durch Polizisten während sie die Protestaktion in einem der kiewer Gerichte ausgestrahlt haben;
- Inhaftierung von ausländischen Journalisten auf Ersuchen der Länder, in denen sie in Gefahr sind, wenn sie deportiert werden.

Probleme mit der Meinungsfreiheit in der Ukraine werden auch von anderen internationalen Organisationen festge.

Insbesondere wurde in der Parlamentarischen Sitzung des Europarates die Resolution 2 145 (2017) (<http://assembly.coe.int/nw/xml/XRef/Xref-XML2HTML-en.asp?fileid=23453&lang=en>) beschlossen in der auf die Vorkommnisse von Angriffen auf Journalisten und Medien aufmerksam gemacht wurde, dabei wurde gefordert, diese effektiv zu untersuchen. PVER wies auch darauf hin, dass das Einreiseverbot für Journalisten, in die Ukraine, eine letzte Maßnahme sein sollte. Es wurden Bedenken wegen Veröffentlichung der Namen und Adressen von einer großen Anzahl von Reportern ausgedrückt, die im Gebiet Donbas akkreditiert waren und dadurch diese wegen der Zusammenarbeit mit Terroristen belastet, was ihre persönliche Sicherheit gefährdet.

Die Veröffentlichung von persönlichen Daten von Tausenden von Journalisten auf der Website „Myrotvorets“, die als „Datenbank der Separatisten, Terroristen und ihre Komplizen“ positioniert wurde, war am 25. Mai 2016 Gegenstand eines offenen Briefes der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ an den Präsidenten der Ukraine Petro Poroschenko. In diesem Schreiben hieß es, viele Journalisten, die in die Myrotvorets-Datenbank aufgenommen wurden, persönliche Drohungen von "Patrioten" erhielten, die sie mit "separatistischen Kämpfern" verglichen. Ein Weckruf ist, dass viele Politiker diese Aktivitäten von der Webseite „Myrotvorets“ unterstützt haben und der Sicherheitsdienst der Ukraine erklärte gleichzeitig, dass die veröffentlichten Listen mit Blick auf mögliche Spione als getarnte Journalisten geprüft werden. Dies verstärkte das Gefühl der Straflosigkeit und ermutigte weitere Veröffentlichungen auf der besagten Website.

<https://rsf.org/en/news/open-letter-petro-poroshenko>

In der Resolution des Europarates 2203 (2018) (<http://assembly.coe.int/nw/xml/XRef/Xref-XML2HTML-en.asp?fileid=24493&lang=en>) wurde zu den Ergebnissen der Überwachung für 2017 angemerkt, dass es in der Ukraine inakzeptable Angriffe auf Journalisten und Medien gibt.

Im allgemeinen Bericht der Europäischen Kommission und des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik vom 14. November 2017 über die Umsetzung des Assoziierungsabkommens durch die Ukraine wird angeführt, dass es Fälle von körperlichen Angriffen auf Journalisten und Straffreiheit für diejenigen gibt, die solche Verbrechen begangen haben. Die Untersuchung der Einzelfälle brachte keine Ergebnisse, was ernsthafte Fragen über die Effektivität und Transparenz der Rechtsschutzorgane aufwirft.

https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/association_implementation_report_on_ukraine.pdf

Im Jahre 2016 wurde die Ukraine, den Umfragen zufolge zu den Staaten mit der niedrigsten Meinungsfreiheit auf der Welt eingeordnet.

<http://news.gallup.com/poll/209552/media-freedom-largely-stable-worldwide-2016.aspx>

Laut der Organisation Reporter ohne Grenzen liegt die Ukraine im Ranking der Pressefreiheit für 2017 auf Platz 102 von 180 Ländern. Neben regelmäßigen Berichten veröffentlicht die Website der Organisation zahlreiche Berichte über Verletzungen der Informationsfreiheit in der Ukraine.

<https://rsf.org/en/news/summary-attacks-media>

Zusätzlich zu den aufgeführten Fakten, wurden in Jahren 2017-2018 die beliebten ukrainischen Fernsehsender „NEWS ONE“ und „ZIK“ einem beispiellosen Druck von ukrainischen Aktivisten aus der Umgebung der ukrainischen „Machthabenden“ ausgesetzt. Journalisten des Senders ZIK wurden mit Mord bedroht, indem sie diese Drohungen direkt mit ihren Interviews mit Oppositionspolitikern verbanden. Der NEWS ONE-Sender wurde physisch durch bewaffnete Formierungen blockiert, um die Ausübung von journalistischen Aktivitäten zu verhindern. Diese Tatsachen wurden nicht untersucht, und die Verantwortlichen wurden nicht vor Gericht gestellt.

<https://www.osce.org/fom/360331>

<https://newsone.ua/news/politics/skandalnoe-intervyu-s-portnovym-vlashhenko-rasskazala-ob-ugrozax-ot-nardepa-frakcii-narodnyj-front.html>

Darüber hinaus, am 4. September 2017, haben die Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine ohne richterlichen Beschluss den Journalisten beliebter Ausgabe sharij.net festgehalten und zum Sicherheitsdienst der Ukraine abgeführt, wo sie mit ihm einen gesetzeswidrigen Verhör aufgrund von gefälschten Angaben durchführten und ihm dabei im eine Warnung wegen angeblicher Diskreditierung der Ukraine im Interesse der russischen Sonderdienste mitteilten. Es ist kein einziger Beweis vorgelegt worden. Auf Druck der Öffentlichkeit wurde der Journalist freigelassen, die SBU war gezwungen, diese Tatsachen zuzugeben, und erklärte, dass sie mit unzuverlässigen Informationen über die angeblich illegalen Aktivitäten des Journalisten versorgt wurde.

<http://www.pravda.com.ua/rus/news/2017/09/5/7154068/>

<https://www.facebook.com/SecurSerUkraine/posts/1993923857504276>

Am 3. Februar 2018 in Kiew während der Ausübung seiner beruflichen Pflichten wurde der gleiche Journalist von sharij.net von Vertretern der regierungsfreundlichen Organisation C-14 festgehalten. Der Grund für den Freiheitsentzug war, dass der Journalist sich in der Liste der Website "Myrotvoret's" befindet.

Vor kurzem sind Mitglieder der C-14 Vereinigung zum Teil der Organisation „Bürgerwehr“ geworden, die aus dem Staatshaushalt finanziert wird.

Vertreter der C-14-Einheit haben die Polizei gerufen und forderten die Beamten auf, den Journalisten festzunehmen, daraufhin riet die Polizei dem Journalisten seine Aktivitäten einzustellen, sonst könnten sie ihm keinen Schutz garantieren.

In der Nacht desselben Tages haben Vertreter der C-14 Organisation ein Foto des Journalisten mit einem Kommentar veröffentlicht, dass er nicht mehr lange in der Lage sein wird zu arbeiten.

<https://newsone.ua/news/accidents/absoljtnaja-beznakazannost-aktivisty-s14-zastavili-zhurnalistku-otvechat-na-voproxy-o-kryme.html>
<https://sharij.net/108195>

2. Bildung von paramilitärischen Formierungen, System einer Straßenjustiz

In letzter Zeit kam es zu einer erheblichen Radikalisierung der gesellschaftlichen Stimmung in der Ukraine, was auf direkten Druck durch physische Gewalt gegen Gerichte, Medien, einzelne Oppositionspolitiker und Journalisten hinausläuft. Fälle solcher Gewaltanwendung werden nicht ordentlich untersucht, werden oft sogar von Vertretern der Machtorgane und Parlamentsabgeordneten begünstigt.

Einzelfälle von Einmischungen in die Tätigkeit der Gerichte und Medien entwickelten sich allmählich zu einem System und Integration radikaler Personen in nicht-staatlichen militanten Formierungen, deren Stärke und Anzahl ernsthafte Besorgnis erregt.

Eines der jüngsten Beispiele für die Organisation einer paramilitärischen Formierung ist die Schaffung von "Nationaler Bürgerwehr" durch die politische Partei "National Korps". Am 29. Januar 2018 im Zentrum von Kiew wurde die Ernennung der "Nationalen Bürgerwehr" und ein groß angelegter Marsch von mehreren hundert Kämpfern veranstaltet, von denen die meisten in der Vergangenheit Teilnehmer der ATO (Antiterroroperation) waren. Als ihre Aufgabe sieht die "Nationale Bürgerwehr" die Patrouille von Straßen, Ordnungsschaffen, für diese Zwecke sind sie bereit auch Gewalt anzuwenden.

<http://www.bbc.com/ukrainian/features-42859649>

Diese Truppen gibt es seit etwa einem Jahr, sie werden speziell trainiert, unter anderem mit Waffen, und haben bereits eine Reihe von Aktionen durchgeführt. Ein Beispiel ist das Eindringen von Kämpfern der "Nationalen Bürgerwehr" in die Räumlichkeiten, während der Sitzung des Stadtrats von Tscherkassy, und Erzwingung bei den Abgeordneten Abstimmung bestimmter Entscheidungen, indem sie diese physisch in der Sitzungshalle blockierten.

<https://nv.ua/ukraine/events/v-cherkassakh-deputaty-prinjali-bjudzhet-pod-natiskom-natsionalnoj-zheny-2448863.html>

Eine Reihe von Experten äußerten ihre Besorgnis über die Gründung dieser Formation und halten solche für neonazistische Organisationen, Strukturen, die parallel dem Machtgefüge sind.

<https://ukrainian.voanews.com/a/nazionalni-druzhy/4230190.html>

Der Botschafter von Kanada in der Ukraine Roman Vashchuk hat sich auch negativ über die Schaffung von "nationalen Bürgerwehr" geäußert und bemerkte, dass die Schaffung von externen Vereinigungen, die sich in der Herstellung der öffentlichen Ordnung anstatt der nationalen Polizei engagieren wollen, kein richtiger Schritt ist.

https://dt.ua/UKRAINE/posol-kanadi-nazvav-stvorennya-nacionalnih-druzhin-nevirnim-shlyahom-267925_.html

Als weiteres Beispiel für eine organisierte Formierung, die mit körperlicher Gewalt, der Inhaftierung und Körperverletzung "Aktionen" durchführt, kann die Vereinigung C14 dienen. Diese Vereinigung verheimlicht nicht ihre Teilnahme an diesen Aktionen und veröffentlicht regelmäßig Fotos und Video-Berichte in sozialen Netzwerken, trotzdem wurde keine Reaktion der Behörden auf die Aktivitäten dieser Organisation erkennbar. Es sollte auch an der Stelle angemerkt werden, dass Mitglieder dieser Organisation unter Verdacht des Mordes am Journalisten Oles' Buzyna stehen.

http://news.liga.net/interview/politics/14852177-s14_kto_oni_i_pochemu_im_pozvoleno_bit_lyudey.htm

3. Hinweise auf geheime Inhaftierungen, Folter und Misshandlungen, Hinrichtungen

Hinweise auf geheime willkürliche Inhaftierungen, Freiheitsberaubungen, Fälle von unfreiwilligem Verschwinden (Kidnapping), Folter und Misshandlungen und sogar außergerichtliche Hinrichtungen und Tötungen wurden von maßgeblichen internationalen Menschenrechtsorganisationen (insbesondere Amnesty International, Human Rights Watch) und dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte registriert:

In dem Bericht und den Kommentaren von Human Rights Watch heißt es

"Auf beiden Seiten (des Konfliktes im Osten der Ukraine) blieb die völlige Straffreiheit für Folter und rechtswidrige Inhaftierung im Zusammenhang mit dem Konflikt bestehen";

"Die Gewährleistung der Rechenschaftspflicht für Folter und Kidnapping sowie Angriffe auf Journalisten sowie auf Anti-Korruptions- und Menschenrechtsgruppen sollten 2018 sowohl für die ukrainische Regierung als auch für die internationalen Partner in Kiew zu einem vorrangigen Thema werden";

"Fast niemand wurde zur Verantwortung für Folterungen gezogen. Die Führung der SBU verweigerte trotz zahlreicher und überzeugend dokumentierter Aussagen ehemaliger Häftlinge die Beteiligung des Dienstes an der Praxis der geheimen Inhaftierungen und des Kidnappings ihre Teilnahme. Die Untersuchung dieser Praktiken, initiiert vom Obersten Militärstaatsanwalt der Ukraine, brachte auch keine greifbaren Ergebnisse. "

<https://www.hrw.org/news/2018/01/18/ukraine-failing-its-human-rights-commitments>

<https://www.hrw.org/world-report/2018/country-chapters/ukraine>

Am 25. Mai 2016 unterbrach der „UN-Unterausschuss zur Prävention von Folter“ seinen Besuch, nachdem ihm der Zugang zu Orten in mehreren Regionen des Landes verweigert wurde, in denen, wie er vermutete, die SBU illegal die Freiheit beraubte und Menschen folterte.

[http://www.ohchr.org/RU/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?](http://www.ohchr.org/RU/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=20017&LangID=R)

[NewsID=20017&LangID=R](http://www.ohchr.org/RU/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=20017&LangID=R)

<http://amnesty.org.ua/nws/pres-reliz/>

Laut dem Bericht des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte vom 12.12.2017 über die Lage der Menschenrechte in der Ukraine:

Das OHCHR erhielt weiterhin Anzeigen wegen außergerichtlicher Hinrichtungen und vorsätzlicher Tötungen von Zivilisten, ukrainischen Militärbediensteten und Personen, die mit den Streitkräften in Verbindung stehen, und überprüft diese. Diese Vorwürfe beziehen sich hauptsächlich auf das Jahr 2014, aber es gibt auch Berichte über den Zeitraum 2015-2017, die auf eine Prävalenz der Straffreiheit für schwerwiegende Verbrechen gegen das Völkerrecht im Bereich der Menschenrechte, dessen Missbrauch und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht in der Konfliktzone hinweisen." {Beispiele sind aufgeführt};

„Das OHCHR dokumentierte weiterhin Fälle von nicht registrierter Inhaftierung, als vor der Überstellung in die offizielle Hafteinrichtung eine Person ohne Kontakt zur Außenwelt festgehalten wurde." {Beispiele sind aufgeführt};

„Während des Berichtszeitraums erhielt das OHCHR weiterhin Mitteilungen, die einem zuvor aufgezeichneten Trend der Folter entsprachen, um Geständnisse von Personen zu erhalten, die verdächtigt wurden, Mitglieder bewaffneter Gruppen zu sein oder anderweitig damit in Verbindung zu stehen. In mehreren Fällen wurden ukrainische Soldaten, die wegen des Verdachts der Begehung von Straftaten inhaftiert waren, gefoltert, bis sie sich selbst belasteten. Zutiefst beunruhigend, dass Untersuchungen von Foltervorwürfen nur selten sind und wenn sie durchgeführt werden, waren sie ineffektiv" {Beispiele sind aufgeführt};

„Die im Zusammenhang mit dem Konflikt festgenommen Personen, wurden zu Opfern von Menschenrechtsverletzungen, wie zum Beispiel: willkürliche Inhaftierung, Folter und Misshandlungen. ... Die Klagen der Opfer über Folter und Misshandlungen wurden oft ignoriert, auch wenn sie anhängig gemacht wurden“;

Das OHCHR dokumentierte weiterhin Fälle von außergerichtlichen Hinrichtungen, Fälle des Kidnapping, willkürlicher Inhaftierung, Folter, Misshandlung und sexueller Gewalt im Zusammenhang mit dem Konflikt. Obwohl in früheren Konfliktjahren viele aufgezeichnete Fälle auftraten, traten auch im Berichtszeitraum neue Vorfälle auf"

http://www.ohchr.org/Documents/Countries/UA/UAReport20th_EN.pdf

Nach dem Human Rights Watch Report "Du existierst nicht" vom 21.07.2016: Willkürliche Inhaftierung, Kidnapping und Folter während des Konflikts im Osten der Ukraine ":

„Sowohl die ukrainische Regierung als auch die von Russland unterstützten“ „Separatisten“ in der Ostukraine, praktizieren längere willkürliche Inhaftierungen von Zivilisten, denen jeder Kontakt zur Außenwelt verweigert wird, unter anderem zu Anwälten und Verwandten. In einigen Fällen erreicht eine solche Haft das Niveau des Kidnappings, wenn die Seite, die den Menschen festgenommen hat seine Verhaftung nicht anerkennt oder weigert, Informationen über sein Schicksal oder den Verbleib verweigert. Die meisten dieser Gefangenen werden gefoltert oder anderweitig misshandelt. Es gab Fälle, in denen Person medizinische Hilfe verweigert wurde, die aufgrund von Verletzungen während der Haft oder wegen chronischer Krankheiten entstanden ist.“

<https://www.hrw.org/report/2016/07/21/you-dont-exist/arbitrary-detentions-enforced-disappearances-and-torture-eastern>

Auch laut Berichten von Human Rights Watch und einem Brief von Human Rights Watch und Amnesty International an den Obersten Militärstaatsanwalt der Ukraine“:

“Die neuen Informationen bestätigen die Aussagen, dass der Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU) Fälle von Kidnapping und geheime Inhaftierungen praktiziert,;

<https://www.hrw.org/news/2016/08/28/ukraine-new-research-corroborates-secret-detentions>

<https://www.hrw.org/news/2017/09/15/ukraine-woman-detained-held-incommunicado-tortured>

Im Jahresbericht "Amnesty International 2016/2017: Ukraine" sind Fälle von Kidnapping, willkürlicher Verhaftungen, Inhaftierungen usw. aufgeführt worden

<http://amnesty.org.ua/nws/richna-dopovid-2016-2017-ukrayina/>

Der Jahresbericht von "Amnesty International 2017/2018: Ukraine" stellte fest, dass bei der Untersuchung der sogenannten Geheimgefängnisse des Sicherheitsdienstes

der Ukraine keine Fortschritte erzielt wurden. Offizielle Vertreter der Rechtsschutzorgane griffen erneut zu Folter und anderen Misshandlungen.

<https://www.amnesty.org/en/countries/europe-and-central-asia/ukraine/report-ukraine/>

4. Druckausübung auf Gerichte, das Fehlen eines effektiven und gerechten Justizsystems

Im Zeitraum von 2014 bis 2018 haben sich vermehrt Fälle des physischen Einflusses auf die Vertreter der Justiz der Ukraine verbreitet.

Dies macht einen wirksamen Schutz im Falle eines abhängigen und bedrohten Justizsystems unmöglich.

Der Richterrat der Ukraine hat eine Großzahl von Beschlüssen gefällt, die diese Ereignisse beschreiben und aufzeigen, womit verzeichnet wird, dass eine solche Situation die Unabhängigkeit des Justizsystems der Ukraine bedroht.

Die Verantwortlichen an der Macht reagieren auf diese Umstände nicht. Zahlreichen Appelle von Richtern und Organen der richterlichen Selbstverwaltung bringen die Verantwortlichen nicht vor Gericht, damit wird den Richtern ihre Verletzbarkeit demonstrieren.

Es scheint so, dass die ukrainischen amtierenden Politiker versuchen, in den Augen der Gesellschaft ein negatives Bild der Justiz zu schaffen, indem sie die Verantwortung für ihre eigene Unzulänglichkeit verlagern, notwendige Reformen für die Ukraine durchzuführen.

Darüber hinaus wurde durch Beschluß einer Reihe von Rechtsakten in der Ukraine ein System geschaffen, unerwünschte Richter vom Amt zu entfernen. In den letzten vier Jahren wurde die Justiz mehreren Kontrollverfahren unterzogen, wie z. B. Lustration, Neuattestierung, Überprüfung des Qualifikationsstandes und Versetzung an andere Gerichte, die anstelle von fast allen bestehenden Gerichten neu geschaffen wurden. Die Beurteilung der Richter in diesen Verfahren war undurchsichtig, mit der Möglichkeit, einen subjektiven Ansatz zu verwenden. Erst mit dem erfolgreichen Abschluss dieses Verfahrens kann ein Richter seine Karriere fortsetzen, einige dieser Verfahren sind für mehr als 2 Jahre verzögert worden, was die Richter in eine machtabhängige Position brachte.

Es sei darauf hingewiesen, dass systemischer Druck auf die Justiz nicht nur durch die beschlossenen Rechtsakten und Einleitung von Verfahren ausgeübt wird, die ein Entlassung unerwünschter Richter ermöglichen. Zur gleichen Zeit gibt es Fakten der öffentlichen Beurteilungen von gerichtlichen Entscheidungen und Tätigkeit einzelner Richter durch hochrangigen Beamten. In jedem zivilisierten Land existiert ein Verbot der Einmischung in die Justiz, was unter anderem die Unmöglichkeit öffentlicher

Äußerungen von Beamten über die Rechtmäßigkeit einer bestimmten Gerichtsentscheidung in einem bestimmten Fall bedeutet. In der Ukraine ist es für öffentliche Personen jedoch zur Norm geworden, Entscheidungen der Gerichte öffentlich zu beurteilen, was grob gegen das in der Verfassung der Ukraine verankerte Prinzip der Gewaltenteilung verstößt, das Vertrauen in die Justiz untergräbt und zu aggressiven Stimmungen in der Gesellschaft führt.

4.1. Beispiele des öffentlichen Druckes auf Gerichte durch hochrangige Beamten (auszugsweise)

Am 9. März 2015, verletzte der Präsident der Ukraine, P. Poroschenko die internationalen Prinzipien der Unschuldsvermutung, in einem Interview mit einem der TV-Kanäle, er sagte unter anderem, dass diejenigen Richter, die Entscheidungen gegen die Teilnehmer von Avtomaydan und Oppositionspolitiker gefällt haben, im Gefängnis landen werden.

<http://www.unn.com.ua/uk/news/1446635-p-poroschenko-suddi-scho-zasudili-kolishnikh-lideriv-opozitsiyi-budut-u-vyaznitsi>

Als am 28. Juni 2015 der Präsident der Ukraine, P. Poroschenko mit den Absolventen der Nationalen Universität der Ukraine „Kiev-Mohyla Academy“ sprach, während im Parlament die Idee, die Immunität des Vorsitzenden des Berufungsgerichts der Stadt Kiew A. Chernushenko aufzuheben eingeführt wurde, erklärte er dabei: "Ich erwarte mir, dass nächste Woche das Parlament - die Werchowna Rada diesem Themis-Diener seine Immunität aufheben wird, damit wäre ein entsprechendes Ersuchen der Generalstaatsanwaltschaft statt gegeben."

Es ist anzumerken, dass die Verfolgung des obersten Richter des Berufungsgerichtes von Kiew damit verbunden ist, dass er den Fall einstweiligen Verfügung über das Vermögen der Gesellschaft „Neftegazdobycha“ verhandelte. Herr A. Chernushenko behauptete selbst, dass er wiederholt vom stellvertretenden Leiter der Präsidialverwaltung angewiesen worden sei, wie er mit bestimmten Fällen umzugehen habe, und dass er auch eine Entscheidung über die einstweilige Verfügung von der Gesellschaft Neftegazdobycha treffen müsse. Experten verbinden auch diese Ereignisse mit Petro Poroschenko, da nach diesem Skandal Gesellschaften aus seiner Umgebung die neuen Aktionäre von Neftegazdobycha geworden sind.

https://dt.ua/POLITICS/suddya-chernushenko-zvinuativ-ap-pidkazki-yakirishennya-maye-priymati-sud-176814_.html

<https://www.epravda.com.ua/publications/2016/01/28/578558/>

<https://www.epravda.com.ua/publications/2015/06/24/548120/>

Der Justizminister der Ukraine P. Petrenko gab am 19. Februar 2015 eine öffentliche Bewertung während der Verfahrensentscheidung über die Eigenenzug von Richtern des Bezirksgerichtes Kiew im Fall über das Verbot der kommunistischen Partei der Ukraine und sagte dazu, dass die Entscheidung rechtswidrig sei und die Richter entlassen werden sollten. Gleichzeitig agierte das Justizministerium in diesem Fall als Kläger.

https://ukr.lb.ua/news/2015/02/19/296154_ministr_yustitsii_prigroziv.html

Am 4. März 2015 hat der Justizminister der Ukraine P. Petrenko, nachdem er mit einigen Gerichtsentscheidungen nicht einverstanden war, die Liquidierung der Bezirksgerichte von Pechersk und Shevchenkivsky der Stadt Kiew gefordert, er gab bekannt, dass ein entsprechender Vorschlag beim Präsidenten der Ukraine bereits eingebracht wurde.

http://24tv.ua/news/showNews.do?petrenko_proponuye_likviduvati_Petscherskyi_i_shevchenkivskiy_sudi&objectId=550882

Der Vorsitzende des parlamentarischen Ausschusses für Korruptionsprävention und -bekämpfung, Jegor Sobolew, hat am 18. Januar 2015 auf seiner Facebook-Seite seine Absichten veröffentlicht, einen der Richter gemeinsam mit freiwilligen Bataillonsjägern im Zusammenhang mit der Prüfung eines bestimmten Falls zu "besuchen". Am nächsten Tag, während einer Verhandlungspause zu diesem Fall, sagte er in einem Interview gegenüber Fernsehsender, dass, wenn der Fall nicht gewonnen wird, werden die Richter aus den Fenstern fliegen.

https://www.youtube.com/watch?v=0RASHbatFW4&feature=player_embedded
<https://www.facebook.com/IgorSoboliev?fref=nf>

Am 19. Februar 2015 forderte der Innenminister Arsen Avakov die Liquidierung eines der Gerichte der Hauptstadt im Zusammenhang mit dem Nichteinverständnis bezüglich Gerichtsbeschluss in einem der Fälle: "Ich beobachte dreckige Posse im Falle von Alexander Efremov. Die Rechtsprechung vom Petschersky Gericht kotzt an"! Dieses Gericht sollte geschlossen werden, und nach der Schließung wie die Bastille abgerissen werden"

<http://kp.ua/politics/491449-avakov-potreboval-rasformirovat-Petscherskyi-sud-yz-za-dela-efremova>

Am 25. Mai 2017, unzufrieden mit der Gerichtsentscheidung des Petschersky Bezirksgerichtes, veröffentlichte der Generalstaatsanwalt der Ukraine im sozialen Netzwerk Facebook folgenden Worte: "Noch eine weitere barmherzige Entscheidung - und ich fange an mir über den Brandschutzzustand von Petschersky (Gericht) zu sorgen." So äußerte der Generalstaatsanwalt eine direkte Drohung im Zusammenhang mit der Verhandlung eines Resonanzfalles.

<https://strana.ua/news/72652-genprokuror-i-mer-dnepra-sostyazalis-v-metodah-davleniya-na-sud.html>

Der Innenminister der Ukraine, Arsen Avakov, am 19. Februar 2018, unzufrieden mit der Entscheidung eines der Bezirksgerichte der Hauptstadt, sagte, dass er den Rückzug des Schutzes der Gerichte durch die Kräfte der Nationalpolizei und der Nationalgarde einleiten wird:

"Der Richter des Schevtschenkivsky Bezirksgericht hat die Person entlassen, die einen Polizisten durch einen Schuss verwundet hat, während er das Gericht vor dem Eindringen der Radikalen Menschen bewachte ... Ich fordere:

– vom Obersten Gerichtshof eine sofortige Reaktion auf solche Handlungen des

Richters;

– von der Staatsanwaltschaft und dem Berufungsgericht - unverzüglich eine faire Entscheidung zu treffen, nach der Tatsache, dass ein Polizist durch den Schuss verwundet wurde ...

„Unter den gegebenen Umständen der tatsächlichen Sabotage seitens Richter und der Gerichtsverwaltung werde ich einen Beschlussentwurf des Kabinetts über die Beendigung der Funktionen des Schutzes von Justizeinrichtungen durch die Nationale Polizei und die Nationalgarde einbringen. Nun sollen sie sich selbst beschützen, wenn sie in der Übergangszeit der Auffassung sind, dass eine Schussverwundung eines Polizisten als geringes Fehlverhalten gilt!“

<https://strana.ua/news/124864-pust-sami-sebja-okhranjajut-avakov-hrozit-prekratit-okhranu-sudov-politsiej-i-natshvardiej.html>

Am selben Tag wurde die Bewachung vom Shevchenkivsky Bezirksgericht, das Unmut des Ministers A. Avakov erregte, zurückgezogen

http://news.liga.net/news/politics/14901410-shevchenkovskiy-raysud_kieva_ostalsya_bez_okhrany_benedisyuk.htm

Angesichts von Angriffen auf Richter und körperlichen Konfrontation direkt während Ausübung der Rechtsprechung, die einen systematischen Charakter angenommen haben, gelten solche Handlungen als besonders bedrohlich. Darüber hinaus zeigen sie den direkten Einfluss der Exekutive und Legislative auf die Justiz

4.2. Einige Fakten der körperlichen Gewalt gegen die Richter

Am 16. Februar 2018 kam eine unbekannte Person mit einer Axt in den Hof des Solomensky Bezirksgerichts in Kiew und beschädigte etwa 10 Autos. Dieser Vorfall ereignete sich am nächsten Tag, nachdem das Gericht im Resonanzfall bei der Wahl der Vobeugungsmaßnahme dem Bürgermeister von Odessa verhandelt hat. So hat der Angreifer seine Meinungsverschiedenheit mit Entscheidung der ausgedrückt

<https://www.pravda.com.ua/rus/news/2018/02/16/7171869/>

<http://gordonua.com/news/localnews/vozle-suda-gde-izbirayut-meru-presecheniya-truhanovu-proizoshli-stolknoveniya-232011.html>

Im Januar 2015 wurden gleich sechs Mitarbeiter des Petschersky Bezirksgerichtes von Kyiv angegriffen. Die Opfer vermuten, dass die Prügel in Zusammenhang mit ihren beruflichen Aktivitäten stehen, insbesondere mit Verfahrensentscheidungen bezüglich der Leiter von Spezialeinheit Berkut, die der gewalttätigen Auflösung des Maidans verdächtigt werden. Es gab Drohungen gegen Richter und ihre Familienangehörigen, Beschädigungen des Eigentums von Richtern, außerdem sind Fälle unbegründeter Strafverfolgungen mit dem Ziel der unrechtmäßigen Druckausübung auf Richter systematisch geworden.

So verständigten die Berufungsrichter des Petschersky Bezirksgerichtes von Kiew am 2. Februar 2015 den Richterrat der Ukraine über die Fakten von offenen Bedrohungen im Zusammenhang mit der Ausübung ihrer Tätigkeit gegen die gesamte Belegschaft der Gerichte und einzelne Richter des Petschersky Bezirksgerichtes von Kyiv: Litvinova I.V., Gladun K.A., Melnikov A.V., Belotserkovets O.A., sowie über Hinweise auf wiederrechtliches Eindringen und Sachschäden beim Richter Volkova S.Y., Zufügung dem Richter Tsarevitsch O.I. Körperverletzungen von einer unbekannt Person. Diese Umstände dienten für die Richter als Grundlage für die Anzeigeerstattung bei der Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine am 30.01.2015.

<https://pc.ki.court.gov.ua/sud2606/pres-centr/news/152616/>

Am 19. Februar 2015 in Odessa, wurde der Richter des Suvorovsky Bezirks von unbekannt Personen in eine Mülltonne geworfen und mit dem Mehl bestreut, so haben sie ihren Protest gegen die Entscheidung des Richters in einem bestimmten Fall ausgedrückt. Diese Aktionen wurden gefilmt, und das Video dann im Internet veröffentlicht.

<http://rian.com.ua/video/20150225/364043578.html>

Am 17. Januar 2015 wurden zwei Richter des Kremenetsky Bezirksgerichts der Region Ternopil von Personen, die eine Entscheidung über den Fall des ehemaligen Bürgermeisters der Stadt gefordert hatten, in eine Mülltonne geworfen. Ohne das Gewünschte zu erhalten, griffen diese Personen auf körperliche Gewalt zurück.

<http://obozrevatel.com/politics/41023-na-ternopolschine-zhiteli-brosili-v-musornyje-baki-dvuh-sudej-opublikovano-foto.htm>

Drohungen und Aufrufe zur körperlichen Gewalt gegen Richter haben auch im Tsyuryupinsky Landgericht in Kherson-Gebiet, im Primorsky Landgericht der Stadt Mariupol in Donetsk-Gebiet, im Pridneprovsky Landgericht der Stadt Tscherkassy und anderen Gerichten in der Ukraine stattgefunden

<http://court.gov.ua/rsu/149094/>

<http://court.gov.ua/rsu/149093/>

Die Massenmedien wurden auch diese Fakten der Druckausübung Richter im Namen des Vorsitzenden der Richterverbandes der Wirtschaftsgerichte zusammen gefasst

<http://pravo.ua/news.php?id=0060208> :

Am 25. März 2016, während der Anhörung des Falles im **Berufungsgericht des Gebiets von Donetsk**, hat eine Gruppe von Leuten in Militäruniformen plakativ eine Handgranate auf den Tisch der gerichtlichen Kammer geworfen.

Ein anderer gewagter Fall war die Installation durch unbekannt Personen einer Sprengfalle mit einer Militärgranate am Eingang des Hauses, wo der **Richter des Konstantinovsky Landgerichts des Gebiets von Donetsk** wohnt.

Im Mai 2016 wurden Fenster des Gerichtssaales im Gebäude des **Berufungsgerichtes des Gebietes von Tscherkassy** beschossen. Ein ähnlicher Fall ereignete sich im **Kyiver Bezirksverwaltungsgericht**, in dem man auf das Gerichtsfenster des Richters geschossen hat.

Im **Berufungsgericht der Region Tscherkassy** am 22. März 2016 wurde ein bewaffneter Angriff auf den Richter in seinem eigenen privaten Haus ausgeübt, der Richter wurde schwer verletzt.

Die Übergriffe auf Richter haben auch 2017 nicht aufgehört. So, am 12. April haben unbekannte Personen nach dem Ende des Arbeitstages die **Richterin des Wirtschaftsgerichtes von Kyiv** - angegriffen und ihr Körperverletzungen zugefügt.

Im **Shevchenkivskyi Bezirksgericht der Stadt Kiew**, während der Verhandlung und Verkündung der Entscheidung über die Verlängerung der Haftdauer von Verdächtigen, haben verärgerte Aktivisten den Gerichtssaal blockiert, damit physisch die Bewegung der Richter beschränkt und verlangten unsanft eine Erklärung von Richtern, und als die Richterin den Gerichtssaal zu verlassen versuchte, haben sie körperliche Gewalt angewandt. Darüber hinaus während des Vorfalls wurde Eigentum im Gerichtssaal erheblich beschädigt.

Im **Berufungsgericht der Stadt Lviv** blockierten Streikende, die der Entscheidung des Gerichts, dem der Verdächtige auf Kautionsfreigabe zugestimmt wurde, nicht zustimmten, zwei Richter im Gerichtssaal und forderten, einen Entlassungsantrag zu schreiben.

Die Fälle mit Eindringen von aggressiv gesinnten Aktivisten in die Häuser von Richtern, wo sie zusammen mit ihren Familienangehörigen leben, sind häufiger geworden. Solche, "Besuche", fanden zum Beispiel, bezogen auf die Richter von **Solomensky Bezirksgericht der Stadt Kyiv** und des **Wirtschaftsgerichts der Odessa-Region**, statt.

Zum Beispiel, in dem **Berufungsgericht der Region Kirowograd** in Bezug auf einen Richter, der über Fälle von Ordnungswidrigkeiten entschieden hat, während der Gerichtsverhandlung und nach der Bekanntgabe der Gerichtsentscheidung, hat eine Gruppe von Aktivisten, die im Gerichtssaal anwesend waren und die mit der Gerichtsentscheidung nicht einverstanden waren, beleidigend geschrien, blockierte den Ausgang aus dem Gerichtssaal, hinderte den Richter daran die Räumlichkeiten frei zu verlassen, und damit faktisch den Richter als Geisel genommen.

Beim **Petschersky Bezirksgericht der Stadt Kyiv** im Zuge der Verhandlung durch den Untersuchungsrichter eines Antragsverfahrens hinsichtlich einer Untersuchungshaft befand sich im Gerichtssaal und um den Gerichtssaal zusätzlich zu den Beteiligten am Verfahren eine große Anzahl von unbekanntem Personen (ca. 120 Personen), sie waren keine Teilnehmer der Gerichtsverhandlung. Unter diesen Personen befanden sich einige Parlamentsabgeordneten der Ukraine. Aus Unzufriedenheit mit dem Ergebnis der Verhandlung drohten diese Personen mit Gefährdung des Lebens und

Gesundheit der Untersuchungsrichterin, welche diesen Fall verhandelte, und drohten den gesamten Beamten im Allgemeinen.

Die Handlungen dieser Personen waren nicht auf Aussage von Drohungen gegen Richter beschränkt, das Gebäude von Petschersky Landgericht der Stadt Kyiv wurde blockiert, es gab eine körperliche Konfrontation. Aufgrund dieser Maßnahmen wurde die Person, gegen die der Antrag gestellt wurde, im Gerichtssaal eingesperrt. Personen, die das Gerichtsgebäude blockiert haben, verhinderten physisch die Begleitung des Häftlings zum Untersuchungsgefängnis.

Darüber hinaus forderten die erwähnten Personen, den Häftling aus der Haft im Gerichtsgebäude zu entlassen, währenddessen drohten sie dem Richter mit Vergeltung sowie damit das Gerichtsgebäude in Brand zu setzen, sie trugen das Eigentum des Gerichtes auf die Fahrbahn der Khreshchatyk-Straße heraus, übten den Flaggenmißbrauch, die Nationalflagge der Ukraine wurde ebenfalls aus Gerichtssaal hinausgetragen, die Richter des Petschersky Bezirksgericht und alle Vertreter der Justiz im Allgemeinen wurden mit Schimpfwörtern beschimpft.

Die Behinderung des Funktionierens des Gerichts durch unbekannte Personen setzte sich sowohl am Tag der Verhandlung als auch am nächsten Tag fort und wurde mit oben beschriebenen Handlungen der genannten Personen begleitet, trotz der Anwesenheit von Bediensteten der Nationalen Polizei, die sich im Gerichtsgebäude befand.

Am 5. Oktober 2016 im **Berufungshandelsgericht von Odessa** während eines Insolvenzfalls der JSC "Ölraffinerie von Odessa" wurde der Richter von einer Gruppe von unbekannter Personen, welche als "öffentliche Aktivisten" zu sein schienen, unter Anwendung von chemischen Flüssigkeiten physisch angegriffen. Als Ergebnis dieser Zuwiderhandlungen seitens der nicht identifizierten Personen mussten zwei Richter des Richterkollegiums medizinisch versorgt werden, weil einer der Richter von einer Chemikalie im Gesicht getroffen wurde und anderer Richter an verschiedenen Körperteilen. Darüber hinaus empfahlen Notfallärzte ihnen eine Hospitalisierung und stationäre Behandlung.

Außerdem, wegen des Mangels des angemessenen Schutzes von Gerichtsgebäuden, haben Fälle von Beschädigungen und Diebstähle des Staatseigentums von Gerichtsgebäuden zugenommen, solche Vorfälle gab es im Leninsky Bezirksgericht der Stadt Zaporozhye, Zaporizky Bezirksgericht der Stadt Zaporozhye Region Zaporozhye. Aus dem Gebäude des Wirtschaftsgerichtes von Kharkiv hat man ein Tresor entwendet in welchem die Siegel und Stempel der staatlichen Institution aufbewahrt wurden.

Am 8. April 2016 setzten Unbekannte das Amtszimmer des Richters vom Golosevskiy Bezirksgericht der Stadt Kiew in Brand, der ein Strafverfahren verhandelte das in der Öffentlichkeit Resonanz fand. Es wurde ein erheblicher Sachschaden verursacht.

Im Allgemeinen finden die oben genannten ungesetzlichen Handlungen von Aktivisten in Anwesenheit von Vertretern der Rechtsschutzorgane statt, die auf Verstöße gegen die öffentliche Ordnung nicht pflichtgemäß reagieren und keine Handlungen unternehmen, um die Straftäter zu verhaften.

So führt die Straffreiheit der rechtswidrigen Handlungen, die auf die Zerstörung der Unabhängigkeit der Justiz hinzielen, zu noch kühneren Handlungen, die jetzt äußerst gefährlich geworden sind

Die oben genannten Tatsachen wurden, unter Anderem, zur Grundlage der Beschwerde des Richterrates der Ukraine vom 15. März 2017 an den Beirat der Europäischen Gerichte <http://rsu.gov.ua/ua/documents/70>

Am 23. bis 24. Oktober 2017 im Svyatoshinsky Bezirksgericht der Stadt Kyiv, haben die sogenannten öffentlichen Aktivisten eine Massenausschreitung angestiftet, als Folge sind Möbel, Fenster und eine Glasboxzelle zerstört worden, inkl. technischer Hilfsmittel. Diese Ereignisse haben sich während der Wahl einer Präventivmaßnahme gegen einen Verdächtigen abgespielt. Personen, die sich als freie Zuhörer im Gerichtssaal befanden, schlugen zu, bedrohten den Richter und hinderten ihn daran, den Gerichtssaal zu verlassen.

http://www.vru.gov.ua/mass_media/996

Systemischer Druck auf Gericht während der Verhandlung des Falles gegen Mitglieder des Bataillons des Innenministeriums Tornado wurde von Mitgliedern der politischen Partei "Samopomich" organisiert, die nach Maidan und Revolution gewann. Die Druckausübung zeigte sich in Durchführung von Kundgebungen und Behinderung der normalen Richtertätigkeit.

Mitglieder des Freiwilligenbataillons "Tornado", Teil der Struktur des Innenministeriums der Ukraine, waren Beamte der Rechtsschutzorgane und wurden vom Gericht wegen Gründung einer kriminellen Vereinigung und Begehung einer Reihe von schweren und besonders schweren Verbrechen verurteilt. Insbesondere wurde wegen illegaler Inhaftierung, Folter, Mord, Vergewaltigung, Selbstmord usw. Anklage erhoben. Ein bedeutender Teil der Mitglieder dieses Bataillons waren wiederholt verurteilte Personen und dennoch in den Dienst im Ministerium für Innere Angelegenheiten aufgenommen.

<https://www.rferl.org/a/ukraine-tornado-battalion-rogue-paramilitaries-kyiv-trial-crimes/28205795.html>

<https://www.globalresearch.ca/criminals-running-ukrainian-national-guard-tornado-battalion/5458575>

<https://www.reuters.com/article/us-ukraine-crisis-battalions-special-rep/special-report-ukraine-struggles-to-control-maverick-battalions-idUSKCN0Q30YT20150729>

<http://www.newsweek.com/2017/12/08/ukraine-war-rape-sexual-violence-724754.html>

<https://fakty.ictv.ua/ru/ukraine/20170407-1591655/>

Am 18. Februar 2018 haben ungefähr 150 radikale Personen, angeführt von einem Abgeordneten des Regionalrates, versucht, das Haus des Richters von Babuschkinsky Bezirksgericht in der Stadt Dnepr anzuzünden. Bei der Aktion in der Nähe des Richterhauses, die von einem Abgeordneten der im Gebiet von Dnepropetrovsk herrschenden Fraktion angeführt wurde, haben ungefähr 150 unbekannte Personen mit Ihren Fahrzeugen teilgenommen. Mit Hilfe des Lautsprechers "haben sie dem Richter mit Mord wegen seiner beruflichen Tätigkeit" im Zusammenhang mit dem Verfahren gedroht. Der Richter wurde gezwungen, die "notwendige" Entscheidung zu treffen, nämlich: den Angeklagten aus dem Gewahrsam in diesem Fall freizulassen, dessen Verhandlung für den 22. Februar 2018 geplant war. Danach begannen die gewalttätigen Personen, angezündete Gegenstände in den Hof des Hauses zu werfen, um das persönliche Eigentum des Richters in Brand zu stecken und zu zerstören, der Abgeordnete und der Anwalt haben auf das Dach brennende Fackeln geworfen.

<https://strana.ua/news/125494-banda-v-kotoroj-naschitali-poltory-sotni-radikalov-pytalas-szhech-dom-sudi-v-dnepre.html>

Seit Anfang 2017 wurden mehr als 20 Fälle der Verhinderung der Tätigkeit von Gerichten der Stadt Odessa und der Region Odessa registriert, in denen die Richter von öffentlichen Aktivisten und Teilnehmer der Verfahren faktisch als Geiseln genommen wurden, Kundgebungen und Proteste wurden vor den Gebäuden der Gerichte abgehalten, an die Richter wurden verschiedene Drohungen gerichtet. Der Vergleich mit den statistischen Daten des Vorjahres (im 2016 gab es 25 registrierte Fälle) weist auf eine Zunahme der Fälle von Blockierungen der Gerichtsgebäude hin.

So, am 21. Juli 2017 ist eine Gruppe von unbekanntem aggressiv-gesinnten Personen, die sich als Mitglieder der öffentlichen Organisation "Die Ukraine sind Wir" nannte, in das Büro des Vorsitzenden des Shiryayevsky Landgerichts der Odessa-Region eingebrochen, ihn de facto in seinem Büro blockiert. Zur gleichen Zeit begingen andere Personen, die obszöne Sprache zu benutzen und Anzeichen von Aggression auszudrücken, sowie gesetzwidrige Handlungen zu setzen - sie beschütteten das Bürofenster mit Brillantgrün, zerbrachen das Fenster, brachten Fässer und Autoreifen in das Gerichtsgebäude und drohten, es in Brand zu stecken. Nach der Protestaktion haben die Aktivisten elektrische Leitungen am Eingang abgetrennt wodurch das Gerichtsgebäude stromlos gemacht wurde.

Ein paar Tage später, am 26. Juli 2017, setzten sich die Unruhen fort, waren aber noch bedrohlicher. "Aktivisten" blockierten erneut die Räumlichkeiten des Gerichts und begannen dann das Verwaltungsgebäude zu stürmen - sie klopfen an die Fenster, Tränengas wurde durch die Türschlitze in das Gebäude reingesprüht, Flaschen mit Brandmischung, die sogenannten Molotow-Cocktails, wurden in das Gebäude geworfen.

<http://sud.ua/ru/news/sud-info/108906-metody-davleniya-na-sud-razmakh-vce-zhestche-a8d131>

Während 2014-2017 hat der Richterrat der Ukraine eine große Anzahl von Entscheidungen und Beschwerden an verschiedene Regierungsbehörden und andere Institutionen bezüglich des Drucks auf die Richter beschlossen.

Nach den Informationen des Richterrats der Ukraine (gerichtliches Selbstverwaltungsorgans) haben die Versuche, das Gericht unter Druck zu setzen, rapide zugenommen. Im Jahr 2015 erhielt diese Behörde 62 Beschwerden von Richtern wegen unberechtigter Einmischung in ihre Tätigkeit, 2016 – waren es 86 und in 2017 - 74 nur bis zum 1. September 2017.

<http://rsu.gov.ua/uploads/article/376septembernew-dda156218c.pdf>

4.3. Fakten aus den Berichten internationaler Organisationen hinsichtlich der Druckausübung auf Gerichte in der Ukraine

Laut dem Bericht über die Einhaltung der Menschenrechte in der Ukraine für 2016 (Berichte über den Stand der Einhaltung der Menschenrechte in den Ländern der Welt für 2016. Außenministerium der Vereinigten Staaten. Büro für Demokratie, Menschenrechte und Arbeitsbeziehungen):

„Trotz der Tatsache, dass die Verfassung ein unabhängiges Rechtssystem garantiert und die Werchowna Rada im Juni ein Paket von Justizreformen verabschiedete, blieben die Gerichte weiterhin unwirksam und weiterhin sind dem politischen Druck und Korruption ausgesetzt. Das Vertrauen in die Justiz blieb gering“;

„Die Richter beschwerten sich weiterhin über die fehlende Trennung der Gewalten zwischen der Exekutiven und den Judikativen. Einige Richter argumentierten, dass sie von hochrangigen Politikern unter Druck gesetzt wurden, die trotz klarem Sachverhalt eine Entscheidung zu ihren Gunsten forderten. Das Recht auf ein faires Verfahren wurde auch durch andere Faktoren beeinflusst, wie zum Beispiel durch langjährige Rechtsstreitigkeiten, insbesondere bei Verwaltungsgerichten; unzureichende Finanzierung und das Fehlen der Fähigkeit der Gerichte, ihre Entscheidungen durchzusetzen. Nach Angaben des Bürgerbeauftragten konnten die Staatsorgane nur 40 Prozent der gerichtlichen Urteile vollständig umsetzen“;

Die Fälle der ungesetzlichen Einmischung in die Durchführung von gesetzlichen Verfahren sind in der Ukraine tatsächlich systemisch geworden und wurden insbesondere im jährlichen Bericht der internationalen Organisation Human Rights Watch (WELTBERICHT 2017) registriert:

„Im Juli nahmen die Behörden den Stabschef des Aidar-Bataillons, Valentina Lykholita, unter dem Vorwurf der Entführung, des Raubes und anderer Gewaltverbrechen gegen die Zivilbevölkerung fest. Bei der Gerichtssitzung, bei der eine Vorbeugungsmaßnahme für Valentin Lykholit in Form einer Inhaftierung getroffen werden sollte, blockierten die Mitglieder des Aidar-Bataillons das Gerichtsgebäude, und mehrere im Saal befindliche Abgeordnete versuchten, die Anhörungen zu stören und

forderten die Befreiung von Lykholit. Das Gericht entließ ihn für die Dauer der Untersuchung aus der Untersuchungshaft“.

<https://www.hrw.org/uk/world-report/2017/country-chapters/298654>

https://www.hrw.org/sites/default/files/world_report_download/wr2017-web.pdf

Den Berichten der internationalen Organisation Freedom House FREIHEIT IN DER WELT zufolge:

„Die Ukraine wird weiterhin als "teilweise frei" eingestuft“;

„...Trotz dieser Reformen [die neue Gesetzgebung über das Justizsystem] will P. Poroschenko die Kontrolle über Judikative nicht aufgeben“;

„Die Ukraine leidet seit langer Zeit unter korrupten und politisierten Gerichten, und die jüngsten Reformen zur Lösung dieses Problems sind zum Erliegen gekommen oder haben die Erwartungen nicht erfüllt“.

<https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2016/ukraine>

<https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2017/ukraine>

<https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2018/ukraine>

Das Problem des rechtswidrigen Einflusses auf das Gericht wurde im Bericht des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte festgestellt, in dem als Empfehlungen an die Regierung der Ukraine folgendes angegeben ist:

„Es soll ein umfassender Schutz der Richter, Rechtsanwälte und anderen Experten in Justizfragen vor Drohungen, Einschüchterung und anderen Formen von externem Druck, die darauf abzielen, ihre Unabhängigkeit und Unparteilichkeit zu beeinträchtigen oder zu bedrohen, gewährleistet werden“

„Das OHCHR weist weiterhin auf Versuche der Beeinflussung oder andere Eingriffe in die Tätigkeit der Gerichte in Konfliktfällen hin.“

Außerdem sind in den Berichten konkrete Fakten der Druckausübung auf Gerichtsverfahren, unter anderem, seitens des Präsidenten der Ukraine, registriert:

„OHCHR ist tief besorgt über die Entlassung am 6. November 2017 eines Soldaten staatlichen Grenzdienstes, der von dem Erstgericht wegen Totschlages an einer Zivilperson 2014 zu 13 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Seiner Freilassung ging eine breite Informationskampagne seitens Politikern zur Unterstützung des Angeklagten voraus, in der die Fakten des Falles verfälscht wurden; die Abgeordneten verlangten vom Sicherheitsdienst der Ukraine Ermittlungen hinsichtlich Richter des Erstgerichtes ersten Instanz in Bezug auf ihre Beziehungen zu bewaffneten Gruppen einzuleiten, ihre früheren Entscheidungen zu prüfen, sowie ein Treffen der Volksdeputierten mit dem Generalstaatsanwalt zu veranstalten. Präsident Poroschenko gab eine öffentliche Erklärung zur Unterstützung des Angeklagten ab. Solcher Druck ist ein Indikator für die Einmischung in das Justizsystem und kann einen demotivierenden Einfluss auf zukünftige Untersuchung von groben Verletzungen des internationalen Rechts auf dem Gebiet der Menschenrechte oder internationales humanitäres Rechts, begangen von Angehörigen der Sicherheitsdienste, haben“

http://www.ohchr.org/Documents/Countries/UA/OHCHRThematicReportUkraineJan2014-May2016_EN.pdf

http://www.ohchr.org/Documents/Countries/UA/UAReport20th_EN.pdf

Bericht der Menschenrechtsorganisationen „Menschenrechte in der Ukraine 2016“ (https://helsinki.org.ua/wp-content/uploads/2016/12/HumanRight2016-sokr_web.pdf):

„Laut dem Programm für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen, das 2016 veröffentlicht wurde, betrug das allgemeine Vertrauen in Gerichte nicht mehr als 16%, was eines der niedrigsten der Welt war. Nationale Erhebungen geben der Justiz noch weniger Glaubwürdigkeit, die 2016 bei digitalen Befragungen 10% betragen hat¹.

¹ Shawnette Rochelle and Jay Loschky Confidence in Judicial Systems Varies Worldwide [elektronische Quelle]. – Zugriffsmodus – Titel vom Bildschirm: <http://www.gallup.com/poll/178757/confidence-judicial-systems-variesworldwide.aspx>

² Die Studie wurde vom 26 Mai bis 20 Juni 2016 von GFK Ukraine mit Unterstützung des USAID „Gerechtes Rechtswesen“ [elektronische Quelle]. – Zugriffsmodus: <http://www.fair.org.ua/index.php/index/library/7> – Titel vom Bildschirm.

5. Entscheidungen internationaler Gerichtsbarkeit über die Unrechtmäßigkeit der Handlungen der ukrainischen Behörden

Kompetente internationale Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch stellt in ihrem Weltbericht 2018 und ihren Kommentaren fest, dass die ukrainischen Behörden im Jahr 2017 wichtige Versprechen zur Gewährleistung der Menschenrechte nicht erfüllt haben: "Im vergangenen Jahr behandelte man in Kiew ihre Menschenrechtsverpflichtungen als etwas nicht obligatorisches... Die Behörden setzen eine ganze Reihe geradezu undemokratischer Praktiken ein und förderten neue Gesetze, die die Grundfreiheiten in der Ukraine untergraben würden.

<https://www.hrw.org/world-report/2018/country-chapters/ukraine>

<https://www.hrw.org/uk/news/2018/01/18/313658>

Das Misstrauen der ukrainischen Bürger gegenüber der Justiz und ihre Unfähigkeit, ihre Rechte und Freiheiten wirksam zu schützen, macht es notwendig, auf internationale Schutzmittel zurückzugreifen, insbesondere auf den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

So lag das Vertrauen der Bürger in die Justiz und die Richter in der Ukraine 2016 laut den von der OSZE veröffentlichten Daten insgesamt bei 11%. In Österreich beispielsweise sind es 68 Prozent, in Polen 53, in der Russischen Föderation 34.

<https://twitter.com/OECD/status/950083145738711041>

http://www.keepeek.com/Digital-Asset-Management/oecd/governance/government-at-a-glance-2017_gov_glance-2017-en#page1

Laut einer nationalen Studie des ukrainischen Zentrums für wirtschaftliche und politische Forschung. A. Razumkova aus dem Jahre 2017, nur 7% der ukrainischen Bürger vertrauen den Gerichten.

<http://razumkov.org.ua/uploads/socio/Press0417.pdf>

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates hat in der Resolution 2203 (2018) auf der Grundlage der Ergebnisse des Monitorings für 2017 festgestellt, dass das Vertrauen der Bürger in das politische und gerichtliche System durch umfassende Korruption untergraben wird.

<http://assembly.coe.int/nw/xml/XRef/Xref-XML2HTML-en.asp?fileid=24493&lang=en>

Die Unfähigkeit der Justiz, die Rechte der Menschen wirksam und unparteiisch zu schützen, belegt auch das Ergebnis der Umfrage 2017 der amerikanischen Handelskammer in der Ukraine (mehr als 80% der Befragten sind Vertreter internationaler Unternehmen), demzufolge sind die korruptesten Behörden die Gerichte (71%), während 96% der Befragten die Korruption in der Ukraine als weit verbreitet ansehen.

http://publications.chamber.ua/2018/Chamber_CPS_2017.pdf

Laut der landesweiten Bürgerumfrage, die 2016 bei Unterstützung von USAID durchgeführt wurde, zur Fragen Veränderungen in der Politik und Öffentlichkeit, Justizreform und Prozesse, der Machtentflechtung in der Ukraine, betrug das Vertrauen in die Justiz 10%.

http://newjustice.org.ua/wp-content/uploads/2017/09/FAIR_LustrSurvey_Summary_2016_UKR.pdf

Dieser Zustand hat dazu geführt, dass die Ukraine in den letzten Jahren die ersten Positionen in der Anzahl der vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anhängigen Verfahren eingenommen hat.

Insbesondere laut dem EGMR-Bericht gab es Ende Dezember 2015 im Zusammenhang mit der Ukraine 13.850 Fälle vor dem Gericht und die Ukraine belegte den ersten Platz unter allen Vertragsstaaten des Übereinkommens.

http://echr.coe.int/Documents/Annual_report_2015_ENG.pdf

Ende Dezember 2016 verhandelte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte 18.150 Fälle aus der Ukraine (1. Platz unter anderen Ländern) http://echr.coe.int/Documents/Annual_report_2016_ENG.pdf

Nach dem Bericht des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte Ende Dezember 2017 gab es 7.100 Fälle aus der Ukraine (4. Platz unter allen Ländern) vor dem Gericht http://echr.coe.int/Documents/Annual_report_2017_ENG.pdf Diese Verringerung der Zahl der Fälle war auf die Tatsache zurückzuführen, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte am 12. Oktober 2017 im Fall von „Burmich und andere gegen die Ukraine,“ <http://hudoc.echr.coe.int/eng?i=001-178082> aus der Liste der anhängigen Fälle mehr als 12.000 Beschwerden zurücknahm, da das Gericht festgestellt hat, dass es in diesen Beschwerden über die gleichen Verletzungen,

die früher bereits oft verzeichnet wurden, und deshalb sind solche Beschwerden dem Ministerkomitee des Europarates für das Einschreiten vorzulegen. Das heißt, dass es in einer solchen hohen Anzahl von Beschwerden eine systematische Verletzung durch die Ukraine von ihren internationalen Verpflichtungen festgestellt wurde und keine Korrekturmaßnahmen zur Unterbrechung von solchen Verstößen vorgesehen wurde.

Doch sogar nach der Beschlussfassung durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, sind die meisten dieser Beschlüsse durch ukrainischen Behörden nicht ausgeführt worden.

So betrug nach dem Bericht des Ministerkomitees des Europarats die Gesamtzahl der Entscheidungen, die unter der Kontrolle zwecks ihrer Umsetzung stehen, im Jahr 2015 – 1052, 2016 – 1147. Die Ukraine belegt den 4. Platz in der Gesamtzahl der ausstehenden Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte, 2-ten Platz unter den Mitgliedsstaaten des Übereinkommens, derer Entscheidungen sich unter der strengen Kontrolle des Rates des europäischen Ministerkomitee befinden. Im Jahre 2016 hat die Ukraine nur 4 Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vollständig umgesetzt.

Der Gesamtbetrag der zugesprochenen Entschädigung von der Ukraine zugunsten der Antragsteller belief sich 2016 auf 1 Million 209 Tausend Euro.

<https://rm.coe.int/prems-021117-gbr-2001-10e-rapport-annuel-2016-web-16x24/168072800b>

Demzufolge, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, zeigen diese und Hunderte von anderen Beispielen, dass die ukrainischen Bürger sich nicht sicher fühlen, dass im Lande die Wahl-Gerichtsbarkeit ausgeübt wird, der Druck auf der Meinungsfreiheit steigt, politische Konkurrenz beseitigt wird, die Strafsachen gefälscht werden und eine Reihe von weiteren rechtswidrigen Handlungen ausgeübt wird, die es noch nicht gestatten, die Ukraine als ein sicheres Land zu nennen.

Wir sind überzeugt, dass eine mögliche Entscheidung über die Aufnahme des Landes in die Liste sicherer Herkunftsländer den Interessen ukrainischer Bürger widersprechen würde, und daher ersuchen wir Sie, die Behandlung dieser Frage bis zur Änderung des politischen Regimes in der Ukraine im März 2019 aufzuschieben.

Hochachtungsvoll,

Andriy Portnov
Doktor der Rechtswissenschaften, Anwalt.



av@portnov.com.ua
+436644376971